



Innen- und Rechtsausschuss  
Der Vorsitzende

Kiel, 7. Oktober 2024  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## Kurzb e r i c h t

über die 66. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 2. Oktober 2024, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

### 1. **Aktenvorlagebegehren nach Artikel 29 Absatz 2 der Landesverfassung**

Der Ausschuss befragt Ministerin Touré.

### 2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/2133](#)

Der Ausschuss beschließt, die Beratung der Vorlage abzuschließen und die Ergebnisse der durchgeführten Anhörung zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit dem federführenden Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss zu überlassen.

### 3. **Keine Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland**

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD

[Drucksache 20/2475](#) (neu)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Europaausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

### 4. **Belastung bei der Landespolizei erkennen und reduzieren**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2489](#)

#### **Gezielte Entlastung der Landespolizei**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/2527](#)

Der Ausschuss beschließt, die Polizeigewerkschaften (GdP, DPoIG, BDK) schriftlich anzuhören und nimmt in Aussicht, die Vorlagen im Anschluss mit der Landesregierung zu beraten.

**5. Gebrauch von Minderheiten- und Regionalsprachen auch vor den Gerichten – Bundesratsinitiative für eine Ausweitung des § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes**

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/2464](#)

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung von Anzuhörenden bis 14. Oktober 2024). Die Justizministerin wird gebeten, nach Durchführung der Anhörung zu den praktischen Folgen einer entsprechenden gesetzlichen Änderung im Ausschuss zu berichten.

**6. Verschiedenes**

Der Ausschuss kommt überein, die Vorlagen [Drucksache 20/2309](#) (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung betr. elektronische Verkündung) sowie [Drucksache 20/2039](#) (Tätigkeitsbericht ULD) zur zweiten Lesung im Oktober-Plenum anzumelden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt der Ausschuss überein, in einer der nächsten Sitzungen (voraussichtlich: 13. November) einen Bericht der Landesregierung zur Vorbereitung des Siebten Medienänderungsstaatsvertrags ([Unterrichtung 20/190](#)) entgegenzunehmen und mit dem NDR über den Fortschritt der Reformbemühungen zu beraten.

Schluss: 15:40 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka